

Null-Toleranz-Zone für sexuelle Gewalt

Dunkelziffer EVP-Grossrat Thomas Widmer-Huber fordert den Regierungsrat auf, eine Präventionskampagne zu starten. Dazu bewegt haben ihn erschreckende Zahlen einer Umfrage von Amnesty International.

Clara Ehrhard

Unerwünschte Berührungen, Umarmungen oder Küsse: 59 Prozent der Frauen haben solche Erfahrungen bereits gemacht. Diese erschreckende Zahl geht aus einer Befragung von Amnesty International in Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut GFS Bern hervor. Die meisten Belästigungen geschehen im öffentlichen Raum: Nach der Strasse (56 Prozent) folgt der öffentliche Verkehr als zweitgrösster Hotspot (46 Prozent), dann Bars und Clubs (42 Prozent). 12 Prozent der belästigten Frauen wurden zu Geschlechtsverkehr gezwungen.

Für die Umfrage wurden 4495 Frauen ab 16 Jahren Anfang Jahr umfassend zu ihren Erfahrungen mit sexueller Gewalt befragt. Rund die Hälfte davon gibt an, die Vorfälle für sich behalten zu haben, obwohl 45 Prozent Beratungseinrichtungen in ihrer Region kennen. Dies erklärt laut Amnesty International auch die hohe Diskrepanz zur Kriminalstatistik: Nur 10 Prozent der Betroffenen machten laut Umfrage eine Meldung bei der Polizei.

Bevölkerung sensibilisieren

Diese Befragung nimmt EVP-Grossrat Thomas Widmer-Huber aus Riehen zum Anlass, den Regierungsrat mit einer Interpellation anzufragen, was er gegen diese Problematik zu unternehmen gedenkt. «Ich nehme an, es wird zu wenig gemacht», sagt er. Ausserdem will er vom Regierungsrat wissen, wie er auf die öffentlichen Hotspots Einfluss nehmen könnte.

Mit einer umfassenden Präventionskampagne möchte Widmer-Huber die Bevölkerung sensibilisieren und so den Kanton zu einer «Null-Toleranz-Zone» erklären. «Es kann nicht sein, dass im 21. Jahrhundert die Frauen noch immer als eine Art Freiwild den männlichen Gelüsten ausgeliefert sind», sagt er. Auch in den Schulen solle das sensible Thema vermehrt proaktiv angesprochen werden.

Information als Prävention

Toprak Yerguz, Mediensprecher beim Justiz- und Sicherheitsdepartement, unterstützt das Vorhaben von Widmer-Huber: «Die Kantonspolizei passt sowohl ihre präventiven als auch ihre kontrollierenden Massnahmen laufend an.» So werde die sichtbare Präsenz von uniformierten Polizisten auf dem ganzen Kantonsgebiet hoch gehalten. Sexuelle Übergriffe liessen sich –



Gemäss einer Umfrage von Amnesty International geschehen 56 Prozent der Fälle von sexueller Belästigung auf der Strasse. Foto: Jérôme Depierre

im Gegensatz zu einem anderen Teil der Gewaltdelikte – nicht örtlich und zeitlich auf wenige Brennpunkte reduzieren, sagt Yerguz. «In diesem Zusammenhang sind Übergriffe viel mehr an das soziale Umfeld gebunden.» Aus diesem Grund sei die Kantonspolizei daran interessiert, dass möglichst viele über solche Gefahren Bescheid wissen.

Projekte insbesondere an Schulen sollen bereits Jugendliche über ihre Rechte aufklären und ihnen aufzeigen, wie mit heiklen Situationen umgegangen werden kann. «Dabei wird darauf hingewiesen, dass sexuelle Belästigung in verbaler Form bereits gegen das Gesetz verstösst und angezeigt werden

soll.» Yerguz ist sicher: «Wer über mögliche Gefahren Bescheid weiss, senkt das Risiko, selber Opfer zu werden.»

Das sieht auch Katja Arnold von der Jugend- und Präventionspolizei so: «Lieber reagiert man einmal zu früh als einmal zu spät.» Mit verschiedenen Projekten wolle man versuchen, Kinder und Jugendliche zu informieren, um ihnen die richtigen Instrumente zu geben, damit nichts passiert.

Auf das Bauchgefühl hören

Das fängt schon mit kleinen Dingen an: «Es ist unheimlich wichtig, auf das eigene Bauchgefühl zu hören. Wenn eine Situation unangenehm erscheint, ist es oft besser, dieser aus dem Weg zu gehen.» Mit konkreten Übungen werden solche Szenen nachgespielt. In anderen Projekten werde thematisiert, wie eine Beziehung aussehen könnte und dass man auch in Partnerschaften das Recht hat, Nein zu sagen.

Bedrängten Personen rät Arnold, laut und deutlich auf sich aufmerksam zu machen. «Es ist dabei zentral, die Sie-Form zu verwenden, um zu signalisieren, dass man die Person nicht kennt.» Man solle zudem direkt Leute ansprechen und sie um Hilfe bitten.

In Trams und Bussen sei es von Vorteil, vorne zu sitzen und

den Platz beim Gang und nicht beim Fenster zu besetzen, sagt Arnold.

«Kein akutes Problem»

Obwohl laut Umfrage 46 Prozent der befragten Frauen in öffentlichen Verkehrsmitteln bedrängt wurden, schätzt man das Problem weder bei den BVB noch bei der BLT als akut ein: «Wir haben keine Kenntnis von konkreten Zahlen», sagt Benjamin Schmid, Mediensprecher bei den BVB. Er sieht deshalb keinen Grund, das von EVP-Grossrat Widmer-Huber geforderte Zusatzpersonal bei Linien mit erhöhter Gefährdung anzustellen oder ein «Anstandsfilmchen» im Fahrzeug zu zeigen. Er wälzt das Problem auf andere Betriebe wie die SBB ab, «da bei uns ein sehr schneller und stetiger Fahrgastwechsel stattfindet und unsere Fahrzeuge viel kürzer und einsehbarer gestaltet sind als ein Zug».

Bei der BLT werde im Nachtbus zusätzlich zur Videoüberwachung Begleitpersonal eingestellt, «aber eher zur präventiven Sicherstellung von Ruhe und Ordnung», sagt Andreas Büttiker, BLT-Direktor. Widmer-Huber begrüsst dies trotzdem: «Ich denke nicht, dass die Videoüberwachung in sehr vollen Trams ihren Zweck erfüllt. Dort ist es für Täter einfach, in der Masse unterzugehen.» Von

dem geforderten Anstandsfilmchen hält Büttiker jedoch nichts: «Der ÖV-Knigge sollte ohnehin selbstverständlich sein.»

Generell ist man sich einig: Würde sich ein solcher Fall ereignen, sollte man möglichst schnell reagieren, zumal die Überwachungsvideos nach 24 Stunden überschrieben werden.

«Es kann nicht sein, dass Frauen den männlichen Gelüsten wie Freiwild ausgeliefert sind.»

Thomas Widmer-Huber
EVP-Grossrat

Grösser ist das Bewusstsein für sexuelle Gewalt auf dem nach Umfrage drittgrössten Schauplatz, den Clubs und Bars: «Uns erreichen zwar nur wenige Meldungen, bei denen von sexueller Belästigung die Rede ist. Trotzdem nehmen wir das Thema sehr ernst», sagt Claudio Rudin, Geschäftsleiter des Balzklubs. Das Personal des beliebten Clubs im Steinenbachgässlein, der vor-

nehmlich von Studenten besucht wird, sei entsprechend geschult worden. «Seit kurzem haben wir, in Zusammenarbeit mit der Opferhilfe, das in Zürich schon bekannte Codewort «Ist Luisa da?» eingeführt.» Mit diesem Codewort können sich Partygäste, die sich bedrängt fühlen, ans Personal wenden, ohne aufzufallen. Die Betroffenen würden dann ins Büro geführt, wo die Situation besprochen, die Videoaufzeichnung analysiert und – je nach Wunsch des Opfers – die Polizei gerufen wird. «Ansonsten behalten wir uns selbstverständlich vor, die auffällige Person des Clubs zu verweisen oder ihr ein Hausverbot zu erteilen», sagt Rudin. In jedem Fall würden aber die Personalien aufgenommen.

Mit Plakaten zur Luisa-Aktion in den Damentoiletten soll vor allem zurückhaltenden Frauen Mut gemacht werden. «Je schneller eine Reaktion erfolgt, desto wirksamer ist sie», sagt Rudin, «ausserdem wird das Videomaterial bei uns nach vier bis fünf Tagen gelöscht.»

Hohe Dunkelziffer

Dass weder die Verkehrsbetriebe noch die Nachtclubbetreiber viel von sexueller Gewalt mitbekommen, erstaunt Yerguz vom Justiz- und Sicherheitsdepartement nicht: «Gemäss Studien vom eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann zu sexueller Gewalt machen nur rund zwanzig Prozent der Opfer eine Anzeige.» Die Gründe dafür könnten vielfältig sein: Oft bestünden Abhängigkeiten, da sich Täter und Opfer in den meisten Fällen kennen, der Vorfall sei mit viel Scham verbunden oder die Opfer geraten bei Konfrontation mit dem Täter in Panik und würden gar re-traumatisiert.

Auch Tanja Urban von der Opferhilfe beider Basel weiss von grossen Schamgefühlen ihrer Klientinnen und Klienten. «Oft belastet sie das Gefühl, eine Mitschuld zu tragen, weil sie sich nicht genügend gewehrt, die ersten Anzeichen für einen möglichen Übergriff nicht erkannt haben, zu leichtgläubig oder zu wenig vorsichtig waren.» Die Angst vor Repressalien durch den Täter oder sein Umfeld würden viele von einer Anzeige abhalten. «Häufig berichten Opfer, dass sie sich während der Tat nicht bewegen konnten», sagt Urban. Die bei den Einvernahmen stets gestellte Frage «Warum haben Sie sich nicht gewehrt?» sei deshalb umso belastender. Erschwerend komme dazu, dass es für sexuelle Gewalt kaum je Zeugen gebe und das Verfahren deshalb aus Mangel an Beweisen eingestellt würde.

Es sei der Opferhilfe aufgrund einer Lücke im Opferhilfegesetz untersagt, präventiv zu handeln, kritisiert Brigitte Greuter, Geschäftsführerin.

Trotz allen Schwierigkeiten rät Tanja Urban allen Betroffenen, sich schnell jemandem anzuvertrauen. «Unsere Erfahrung zeigt, dass die erlebte Gewalt so schneller und besser verarbeitet werden kann.»

Zumindest in dieser Hinsicht scheinen sich alle einig zu sein.

Sind Sie betroffen?

Die Grenze zwischen harmlosem Flirt, freundschaftlichem Umgang und sexueller Belästigung ist nicht immer einfach zu ziehen. Als sexuelle Belästigung gilt jede sexuelle Handlung, die von einer Person unerwünscht ist. Sie kann sowohl tätlich oder durch Worte erfolgen. Voraussetzung ist in jedem Fall der sexuelle Bezug. Dazu zählen beispielsweise Berührungen, grobe Bemerkungen oder das Vornehmen einer sexuellen Handlung vor einer anderen Person, wenn diese dies nicht will.

Opfer sollten möglichst schnell Anzeige bei der Polizei erstatten, da die Frist des Antragsdeliktes drei Monate nach Bekanntwerden des Täters abläuft. Unterstützung in allen Belangen bekommen die Betroffenen von diversen Fachstellen wie zum Beispiel der Opferhilfe beider Basel. Diese berät kostenlos Menschen, die physische, sexuelle oder psychische Gewalt erlebt haben.

E-Mail: info@opferhilfe-bb.ch
Telefon: 061 205 09 10